

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegraphen-Adressen:
Schneeberg

Verleger:
Schneeberg

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanns-
georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 298

Sonnabend, 24. December 1898

Jahrgang

Neustädtel.

Die Verwaltung der hiesigen Gasanstalt hat in Gemäßheit § 16 ff. der Gewerbeordnung um Genehmigung der Anlage eines Sechsetortenofens im Ofenhause der Gasanstalt an Stelle der bisher vorhandenen zwei Ofen mit 1 beziehentlich 2 Retorten gebeten. Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen gegen diese neue Anlage binnen 14 Tagen bei uns anzubringen. Einwendungen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, wenn sie nicht innerhalb der 14tägigen Frist erhoben sind, nicht zu beachten. Die mitzuberreichenden Zeichnungen und Beschreibungen liegen an Rathsstelle zur Einsichtnahme aus.

Der Stadtrath.
Spec. Bürgerm.

Bekanntmachung.

Nr. 53-55 des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes sind erschienen und liegen in der Expedition der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus:

Inhalt: Militärstrafgerichtsordnung, Einführungs-Gesetz zur Militärstrafgerichtsordnung, Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten und die unfreiwillige Beriefung derselben in eine andere Stelle oder in den Ruhestand Bekanntmachung, betreffend die Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze vom 10. Mai 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 681) über die Unterstützung von Familien der zu Friedensabgaben einberufenen Mannschaften. Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht für die Pestepidemie. Bekanntmachung, betreffend die dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügte Liste.

Die Stadträthe von Aue, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Hartenstein, Johannsgeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amthauptmannschaftlichen Bezirks Schwarzenberg.

Löbnitz.

Die Landrenten für 4. Termin 1898 sind spätestens bis Ende Dezember d. J. an unsere Steuer-Einnahme zur Vermeidung der Zwangsversteigerung zu bezahlen.

Rath der Stadt Löbnitz, am 21. December 1898.

Holzversteigerung. Forstrevier Johannsgeorgenstadt.

Im Hotel „de Saxe“ zu Johannsgeorgenstadt sollen

3390	Stämme	von 10 u. 15 cm	Mittelförste,
58	Rüder	7-15	Oberförste,
2912	Verbstangen	16-22	„
794	„	8 u 9	Unterförste,
132	„	10-12	„
115,60	Reisfängen	13-15	„
272,20	„	3	„
48,70	„	4-6	„
	„	7	„

und an demselben Tage von Nachm. 2 Uhr an 2 rm w. Kuchhübel, 2 rm w. Jaden, in denselben Abth. 21 „ Brennhübel, 363 „ Aste, gerückt, 539 rm w. Stöcke in Abth. 20

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.
R. Forstrevierverwaltung Johannsgeorgenstadt u. R. Forstrentamt Eibenrod, am 22. December 1898.

Zu den englisch-französischen Differenzen in China

geht der „R. Jg.“ aus London folgender Bericht zu: Ueber die angeblich den Yungtsi-Feldzügen blauselbstige französische Expedition liegen heute ebenso wenig weitere Mittheilungen vor wie über den scharfen Vorstoß des französischen Consulats in Schanghai zu Gunsten einer Erweiterung der französischen Concession dort, die den Besitz fremder Staatsangehöriger mit einbeziehen würde. Man hat hier schon seit einiger Zeit mit steigender Besorgniß wieder nach China hinübergeblüht. Schon damals, wo das Zurückweichen der französischen Regierung in Sachen Fochobas erschallt wurde, regte sich hier in weitem Kreise der Argwohn, Frankreich könnte vielleicht den Antrag seiner Zwischkeiten mit England von einem Schanplatz, wo es vereinzelt geblieben wäre, noch einem Gebiet hinüberziehen, wo es seinen nothwendigen Verbindungen zur Seite hätte. Augenblicklich behandelt die Presse die chinesischen Dinge mit auffallender Vorsicht. Mit Ausnahme der Morning Post, die in ausdrücklichen Fagen der Regierung gegenüber eine unabhängige und kritische Haltung annimmt, kommt keines der größten Morgenblätter auf die jüngsten Vorwände in China zurück, und selbst die Morning Post besch. d. k. f. v. als akademische und gewisse nachhauende Erörterungen und erkennt die Nothwendigkeit einer gewissen Zurückhaltung für Regierung und Presse an. Ihre Darlegungen laufen in folgenden Sätzen aus: „Durch langes Handeln kann das Cabinet unangenehme Ergebnisse im Gefolge der Expedition hindern. Das französische Vorgehen kann nicht gegen englische Interessen feindselig sein, denn Frankreich sucht gegenwärtig wohl nicht einen Streitfall mit England von vorne zu brechen. Falls d. v. Regierung nicht, wie früher bezüglich Port Arthur, eine scharfe Sprache führt und sich dann wieder zurückzieht, wird sie es nicht schwer finden, sich mit Frankreich zu verständigen. Falls d. v. aber die französische Expedition als feindselig für britische Interessen betrachtet, wird sie wohlthun, keine scharfen Worte zu äußern, sondern einfach zu handeln. Alsdann aber wird sie am besten sich vorher vergewissern, welche von den Mächten auf ihrer Seite und welche gegen sie sind.“ Im großen und ganzen ist man hier nicht der Meinung, daß Rußland auch in China gegenwärtig zu kriegerischen Abenteuern für eigene oder Frankreichs Rechnung sonderlich angelegt sei. Man ist sich vollständig darüber klar, daß die großen russischen Eisenbahnbauten und sonstigen U. ternehmungen im fernem Osten noch auf Jahre hinaus mächtige Summen Geldes beanspruchen werden, die bei kriegerischen Wendungen weder im J. lande noch auf ausländischen Märkten aufzutreiben wären. Daher hält man bei aller Wachsamkeit und allem Argwohn die Möglichkeit der E. hallung des Friedens selbst bei manchen unangenehmen Vorgehen nicht für ausgeschlossen und ist geneigt, alles zu thun, um den friedlichen Verlauf der Dinge zu fördern, vorausgesetzt, daß ein solcher Verlauf sich als möglich erweist, ohne die fortwährenden Zugeständnisse zu machen, deren man nachgerade gründlich überdrüssig geworden ist. So wird auch für die russischen Friedens- oder Abstraktionsvorschlätze in nächster Zeit hier von ministerieller wie von der Seite der Opposition lebhaftest Begünstigung zur Schau getragen werden, wenn man sich auch keine sonderlichen Ergebnisse davon verheißt und, allerdings vom Jaren persönlich absehen, russischerseits hinter dem ganzen Plane durchaus praktische und nach den europäischen Gebräuchen schlesische Beweggründe wittert. Bei der Opposition ist Friede und Abstraktion ein alter Parteischlachtruf, mit dem man die Massen lobt und der im Grunde zu weniger verheißt als andere greifbar, der inneren Politik entnommene Programmpunkte. Die Regierung aber macht eine solche Bewegung mit Vergnügen mit, weil sie dabei ihren Gegnern den Wind aus den Segeln nimmt, ohne sich selbst in Unkosten zu

schützen, und weil sich dabei vielleicht Gelegenheiten ergeben, mit Rußland zu einer zeitweiligen Verständigung zu gelangen. So wird man denn eine ganze Weile mit Eifer und Begierde die Friedensschlüsse blasen, aber allerdings beide Augen auf die Möglichkeit gerichtet halten, daß es auch ganz anders kommen könnte, als die Friedenssanctificirten es darstellen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Zum ehrenvollen Gedächtnisse für den großen Kanzler des Deutschen Reiches, den Fürsten Otto von Bismarck, ist gestern Mittag in Berlin in der Aula der Königl. Friedrich-Wilhelms-Universität eine Feier veranstaltet worden, an der das gesamte Professoren-Collegium, an dessen Spitze der derzeitige Rector, Geheimrath Prof. Dr. Waldeler, theilnahm. Unter den Gästen befanden sich auch der Staatssecretär des Reichsanwalts des Innern Graf Posadowsky, der Generalstaatsanwalt der Armee Prof. Dr. v. Coler, der Chef der Reichsanstalt Wirt. Geh. Ober-Rath Freiherr v. Wilmowitz, die Landesstaatssecretäre Dr. Frdr. v. Rüdiger und Weyrauch und der Chef des Militär-Bildungswesens Generalleutnant Freiherr v. Fuchs. Die Aula war gärtnerisch ausgeschmückt. An der Stirnseite hoben sich die Büsten des Fürsten Bismarck und der drei Kaiser auf einem prachtvollen Blumenarrangement wohlgemuth ab. Die Kundlichen Corporationen hatten mit ihren Fahnen an den Seiten der Aula Aufstellung genommen. Eingeleitet wurde die Feier mit dem Trauermarsch aus dem Oratorium „Saul“ von Händel. Hieron hielt Prof. Lang die Gedächtnisrede, in der er ein lichtvolles Bild von dem Leben und Wirken des Fürsten Bismarck entwarf, indem er jede Phase seines Zeitalters besonders beleuchtete. In der Liebe zu seinem Vaterlande habe Bismarck auch seine Größe gefunden, und unter der sicheren Hand des Steuermannes sei denn auch das Staatsschiff in den sichersten Hafen geleitet worden. Deshalb habe die Nation immer vertrauensvoll auf den Kurs gedrückt, den er eingeschlagen habe. Mit der Rehabilitation der Kaiser Dynastie habe Fürst Bismarck das Schicksal unseres Volkes in seine Hand genommen. Er habe weniger die Äußerer, als die inneren Feinde geschnitten. „In dem Bewußtsein des Evangeliums der deutschen Nation,“ so schloß der Redner, „wollen wir bestehen sein und bleiben, Männer wie wir, trennen dem Könige und dem Vaterlande. Hätten wir nur die Flamme dieses heiligen Feuers, das zum Himmel aufsteigt, soweit unser Leben und Aben reicht, und sorgen wir, daß diese Flamme nie erlischt!“ Der Gesang: „Ich hab mich ergeben“, vom Akademischen Gesangsverein vortragen, schloß die erhabende Feier.

— In einem Artikel über die Angelegenheit des Professors Delbrück bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Die Einleitung des Disziplinarverfahrens ist durch den Cultusminister Dr. Hoff: vrsagt worden. In diesem Vorgehen war ein Beschluß des Staatsministeriums nicht erst nöthig, der Cultusminister machte in der Sitzung des Staatsministeriums lediglich davon Mitteilung, daß er ein Einschreiten gegen Delbrück für notwendig erachtet habe. Daß indessen das Staatsministerium eine Disziplinierung Delbrücks ebenso rückhaltlos billigt, wie es die Ausweisungsmassregeln im ähnlichen Schicksal geneigt, kann auch nicht einem Schatten des Zweifels unterliegen.“

— In den Vorgängen in der Pariser Kammer betrifft der Dryfusfrage wird ein Berliner politischer Stellen erklärt, das geheime Aktenbuch könne unbedingt nichts enthalten, was Verbindungen mit Deutschland herbeizuführen vermöchte, da niemals eine

unmittelbare oder mittelbare Verbindung mit Dreyfus deutschseits bestanden hat. Der angebliche Brief Kaiser Wilhelms an Dreyfus könne nur eine lächerliche Fälschung sein. Man habe in Berlin nicht bezogen, daß dieser Brief, wie alles sonstige, zweifellos gleichwertige dementsprechende Material schleunigst veröffentlicht werde. Die französische Regierung zur Veröffentlichung dürfte ihren Hauptgrund darin haben, daß ein solcher Eindruck auf die öffentliche Meinung befürchtet wird, wenn die Veröffentlichung ergeben müßte, daß man das Opfer plumper Fälschungen geworden ist.

— Die „Post“ bestätigt, daß die nächstjährigen Kaisermandate zwischen dem babilonischen und dem westindischen Armee-Corps stattfinden werden.

— Die „Post“ erklärt die in englischen Blättern gedruckten Nachrichten über angebliche anti-amerikanische Maßnahmen Deutschlands auf den Philippinen in einer aufsehenerregenden Weise als unzuverlässig.

Krefeld, 22. Dez. Nach einer Mitteilung der „Krefelder Zeitung“ ist der Ausstand in sämtlichen Seidenwebereien seit heute früh beendet, die Arbeit ist überall in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Dagegen dauert der Ausstand in der Sammetfabrik von Gelling u. Co. noch fort.

Wien, 22. Dez. Der Kaiser dankte dem Kaiser Franz Joseph in einem sehr herzlich gehaltenen Telegramm für dessen durch den Hofkammer Grafen Kapist übermittelten perläufigen Namens-tagesgrüßwünsche.

— Unter Umständen, die eben nur vom geltenden österreichischen Gesichtspunkte möglich sind, wurde die Heimkehr des Reichsraths versagt. Der Reichsrath wurde nicht, wie es sonst üblich war und der Verfassung entspricht, verlagert, weil er seine Arbeiten beendet hat, sondern die Verlegung würde mit der offenen Absicht angesprochen, um freie Hand für die Anwendung des § 14 zu erhalten. Mit diesem bezweckten Hilfsmittel wird bis zum Jahresschlusse der Staatsvoranschlag und das Ausgleichs-Provisorium für sechs Monate erledigt werden. In der Tagesordnung des Reichsraths war man Dienstag Abend, als die Verlegung ausgesprochen wurde, gerade bei die:en beiden Vorlagen angelangt, sie hätten zur Verathung kommen sollen und gerade dieser Zeitpunkt würde für die Verlegung gewählt. Der Verfassungsgesetz wird also jetzt schon ganz unverändert bezogen.

Wien, 22. Dez. Das Justizministerium hat an das Landesgerichtspräsidentium einen Erlass gerichtet, wodurch für alle Gerichte in Oesterreich die Zweisprachigkeit, und in Begüten, wo noch den Deutschen und Tschechen auch Polen leben, die Dreisprachigkeit im Gerichtsverfahren angeordnet wird. Dadurch haben die Sprachensprachen auch für Oesterreich Gültigkeit erhalten.

Frankfurt.
Paris, 22. Degr. Am Schlusse des heutigen Minister-raths erhaltete der Justizminister Behrer dem Ministerpräsidenten Dupuy und dem Kriegsminister Freycinet Bericht über seine Besprechung mit dem Präsidenten der Criminalkammer des Cassations-hofs über die Garantien, von denen die Mittheilung von dem geheimen Dossier in Sachen Dreyfus abhängig gemacht werden müsse. Es wird berichtet, daß ein Einverständnis fast erzielt sei und die Mittheilung des Dossiers demnach bevorstehe.

Paris, 22. Degr. Der Präsident des Cassationshofes richtete an den Justizminister Behrer die Anfrage, ob der Ministerpräsident Dupuy eine Schwierigkeit darin erblicke, dem Cassations-hofe vorzunehmen zu werden. Der Ministerpräsident willigte in die Bemerkung, und heute Abend wird dem Präsidenten Faure ein Dekret unterbreitet werden, das Dupuy die notwendige Ermäch-